

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Herrn
René Spahr
Hallwylstr. 15
3003 Bern

25. Mai 2004

**Dritte Vereinbarung von Bund und Kantonen für den Betrieb des Informationsportals www.ch.ch von 2005
- 2008**

Sehr geehrter Herr Spahr

Gerne benützen wir die Gelegenheit, uns zum vorgelegten Vertragsentwurf zu äussern:

Grundsätzlich stehen wir weiterhin hinter der ursprünglichen Idee der schweizweiten Vernetzung der e-Government-Angebote. Wir sind aber der Meinung, dass vor einer weiteren Vertragserneuerung eine Standortbestimmung und eine Neuausrichtung nötig sind. Der zur Vernehmlassung unterbreitete Vertragsentwurf gibt uns dazu Anlass.

Die Idee des Guichet virtuel wurde vor bald fünf Jahren entwickelt, zu einem Zeitpunkt als in den Kantonen und Gemeinden das Bewusstsein für die kundenorientierte Bereitstellung von Informationen noch weitgehend fehlte. Heute ist dieses Bewusstsein vorhanden, nicht zuletzt dank dem Projekt Guichet virtuel. Wir fragen uns sogar, nach knapp vierjähriger Entwicklungsarbeit, in Anbetracht auch der Entwicklungen in den Kantonen und Gemeinden, welchen Mehrwert der Guichet virtuel noch bringen könne. Die lange Projektdauer hat zudem die Bereitschaft zur Mitarbeit und zur ständigen Pflege, insbesondere in den Gemeinden, stark relativiert.

Wie neuere Erhebungen zeigten, ist der Guichet virtuel lediglich bei 7 % der Bevölkerung bekannt. Sein Bekanntheitsgrad liegt damit weit hinter jenem der Websites der Kantone und Gemeinden mit 40 bzw. 47 %. Dazu kommt das Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen im Projekt Guichet virtuel; die von Ihnen angekündigte Senkung des von den Kantonen zu tragenden Kostenanteils von 1,8 auf 1,2 Millionen Franken ändert daran wenig.

Aus unserer Sicht ist die Projektorganisation zu überdenken. Insbesondere müssen organisatorische und führungsmässige Probleme gelöst werden. Dazu stehen verschiedene technische Änderungen an. Bezüglich der Transaktionsassistenten sind wir der gleichen Meinung wie Sie: Es soll das Prinzip der Freiwilligkeit gelten.

Unter den gegebenen Umständen lehnen wir den vorgelegten Vertragsentwurf ab.

Wir bitten Sie um eine grundsätzliche Neuüberdenkung des Projekts, danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich,

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Ruth Gisi

Frau Landammann

sig.

Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber